

Vorbescheid

Postfach 7871, CH-3001 Bern

Herr Kurt Boss
[REDACTED]
[REDACTED]

Versicherten-Nr.: 756.2815.4801.54
Zuständig: Martina Gerber
Direktwahl: 058 219 74 82
Datum: 30.06.2014 AKL
Betrifft: Gesuch vom 16.03.2009

Bitte um Prüfung des vorgesehenen Entscheides

Sehr geehrter Herr Boss

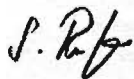
In der Beilage erhalten Sie den vorgesehenen Entscheid. Wenn Sie mit diesem nicht einverstanden sind, können Sie **innert 30 Tagen**

- Schriftlich Einwand erheben oder

telefonisch einen Besprechungstermin mit uns vereinbaren (Telefonnummer oben rechts) und ihre Einwände persönlich vorbringen.

Nach Ablauf dieser Frist, die nicht erstreckt werden kann, werden wir Ihnen die beschwerdefähige Verfügung zustellen.

Freundliche Grüsse



Sonja Rufer
Teamleiterin



Martina Gerber
Stv. Teamleiterin
Versicherungsfachperson

Kopien an: Ausgleichskasse AGRAPI, Thunstrasse 55, Postfach, 3000 Bern 6 .
Vaudoise Assurances, Place de Milan, 1001 Lausanne
Complan, Stadtbachstrasse 36, 3012 Bern (BV)
beco, Arbeitslosenkasse Kanton Bern, Lagerhausweg 10, Postfach 502, 3018 Bern (ALV)

Verfügung

Postfach 7871, CH-3001 Bern

Herr Kurt Boss
[REDACTED]
[REDACTED]

Versicherten-Nr.: 756.2815.4801.54
Zuständig: Martina Gerber
Direktwahl: 058 219 74 82
Datum:
Betrifft: Gesuch vom 16.03.2009

Keine Erhöhung der Invalidenrente

Sehr geehrter Herr Boss

Sie haben ein Gesuch um Erhöhung der Invalidenrente eingereicht.

Gesetzliche Grundlagen

Bei einer Invalidität ab 40 % besteht Anspruch auf eine Viertelsrente, ab 50 % auf eine halbe Rente, ab 60 % auf eine Dreiviertelsrente und ab 70 % auf eine ganze Rente (Art. 28 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung IVG).

Renten aufgrund eines Invaliditätsgrades zwischen 40 und 49 % werden bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausbezahlt. An Schweizerinnen und Schweizer und Bürgerinnen und Bürger der EU (Europäischen Union) und der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) können die Viertelsrenten auch bei Wohnsitz in einem EU- oder EFTA-Staat ausgerichtet werden.

Für die Bemessung der Invalidität wird das gegenwärtig zumutbare Erwerbseinkommen mit jenem Einkommen verglichen, das bei voller Gesundheit erzielt werden könnte. Die Höhe der Erwerbseinkünfte bestimmt den Invaliditätsgrad in Prozenten (Art. 16 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ATSG).

Bei einer Verschlechterung der Erwerbsfähigkeit wird die Veränderung berücksichtigt, wenn die Verschlechterung ohne wesentlichen Unterbruch drei Monate gedauert hat (Art. 88a Abs. 2 der Verordnung zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung IVV).

Abklärungsergebnis:

Im Rahmen der ordentlichen Rentenrevision machen Sie eine Verschlechterung Ihres Gesundheitszustands geltend, was wir als Erhöhungsgesuch betrachten.

Unsere Abklärungen haben ergeben, dass es aus medizinischer Sicht seit der Rentenzusprache vom 02.05.2012 zu keiner Veränderung der Leistungsfähigkeit gekommen ist. Das bei der Zusprache definierte zumutbare Erwerbseinkommen, unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Einschränkungen (Invalideneinkommen), bleibt daher unverändert.

Die in den letzten Jahren ausgeübte Arbeit ist Ihnen weiterhin im unveränderten zeitlichen Rahmen zumutbar. Bei dieser Tätigkeit schöpfen Sie die medizinisch-theoretischen Erwerbsmöglichkeiten nicht aus. Dies ist jedoch ein IV-fremder Faktor und kann bei der Invaliditätsbemessung nicht berücksichtigt werden.

Für den Einkommensvergleich haben wir das Validen- und das Invalideneinkommen, welches wir der Verfügung vom 02.05.2012 zu Grunde gelegt haben, der Nominallohnentwicklung 2014 angepasst.

Einkommensvergleich: